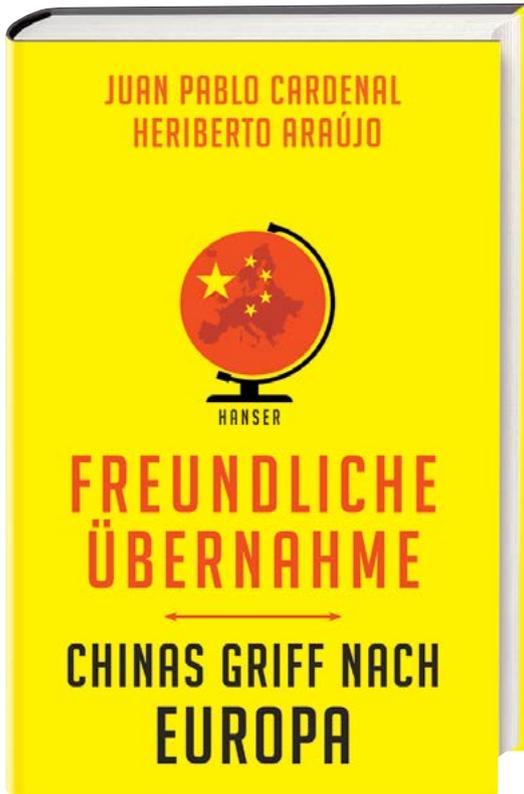


Leseprobe aus:

Juan Pablo Cardenal



Mehr Informationen zum Buch finden Sie auf

© Carl Hanser Verlag München 2017

HANSER



Juan Pablo Cardenal
Heriberto Araújo

Freundliche Übernahme

Chinas Griff nach Europa

Aus dem Spanischen von
Roberto de Hollanda

Carl Hanser Verlag

Titel der Originalausgabe:
*La imparable conquista china. Un viaje por Occidente para entender
cómo China está desafiando el orden mundial.*
Editorial Crítica, Barcelona 2015

Der Übersetzer bedankt sich beim Deutschen Übersetzerfonds, Berlin,
für seine großzügige Unterstützung

1 2 3 4 5 21 20 19 18 17

ISBN 978-3-446-25500-5
© 2015, Heriberto Araújo y Juan Pablo Cardenal
© Editorial Planeta S. A., 2015
Av. Diagonal, 662-664, 08034 Barcelona (España)
Crítica es un sello editorial de Editorial Planeta, S. A.
Alle Rechte der deutschen Ausgabe:
© Carl Hanser Verlag München 2017
Satz: Satz für Satz, Wangen im Allgäu
Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm
Printed in Germany



MIX
Papier aus verantwortungs-
vollen Quellen
FSC® C006701

Inhalt

Danksagung	7
Einleitung	9
<i>China kommt im Westen an</i>	9
1 Natürliche Ressourcen	21
<i>Die letzte Grenze</i>	21
<i>Dreitausend chinesische Arbeiter</i>	29
<i>Strategische Bodenschätze</i>	39
<i>Island – Objekt der Geopolitik</i>	48
2 Einwanderung	55
<i>Goldvisa: Nimm das Geld und lauf</i>	55
<i>Die kommunistische Aristokratie im Paradies</i>	64
<i>Macao: Mekka der Geldwäsche</i>	76
3 Diplomatie	89
<i>Revolution in Hongkong</i>	89
<i>Der Dalai Lama in der chinesisch-britischen Idylle</i>	102
<i>Die City: Der Traum vom Yuan</i>	111
4 Infrastrukturen	123
<i>Richtung Pazifik</i>	123
<i>Ureinwohner auf dem Kriegspfad</i>	130
<i>Ottawa im chinesischen Labyrinth</i>	138

5 Vatikan	149
<i>Gott im Land des Drachens</i>	149
<i>Rom – Peking: Eine unmögliche Beziehung</i>	159
<i>Der rote Papst</i>	167
<i>Die Spaltung innerhalb des Heiligen Stuhls</i>	172
6 Widerstand	179
<i>Staatsfeinde</i>	179
<i>Haftbefehl gegen die kommunistische Führungsspitze</i>	189
<i>Chinas Anschlag auf die Menschenrechte</i>	198
<i>Sanktionen gegen Norwegen</i>	208
7 Spionage	215
<i>Der Fall Snowden</i>	215
<i>China greift Google an</i>	225
<i>Technologie: Das letzte Puzzlesteinchen</i>	234
<i>Unternehmerische Opfer</i>	241
<i>Chinas Sieg</i>	247
8 Krise	253
<i>Die griechische Tragödie</i>	253
<i>China auf Einkaufstour in Europa</i>	262
<i>Chinesische Betrügereien an der Wall Street</i>	277
<i>Der Gewinner der Globalisierung</i>	289
Anmerkungen	305

Danksagung

Zahllose Menschen aus 20 Ländern waren mit ihren Beiträgen an der Verwirklichung dieses Buches beteiligt.

Unser aufrichtiger Dank gilt rund 400 Personen, die wir für das Entstehen dieses Buchs befragten und die ihre Kenntnisse und Erfahrungen uneigennützig mit uns teilten. Ihr Beitrag war von entscheidender Bedeutung, um schildern zu können, wie China sich zu einer globalen Macht entwickeln konnte und welche Folgen dies für den Rest der Welt hat. Aus Platzmangel können wir nicht alle aufzählen, aber mit diesen Zeilen danken wir unseren Quellen für ihre großzügige Mitwirkung, angefangen bei den Bischöfen im Vatikan bis zu den Robbenjägern in Grönland.

Unser Dank gilt allen Experten, Wissenschaftlern, Analysten, Journalisten und Freunden für ihre redaktionelle Arbeit an den einzelnen Kapiteln. Sie haben Fehler korrigiert, Konzepte vertieft oder verfeinert und die Qualität verbessert. Für eventuelle Irrtümer, Auslassungen oder Ungenauigkeiten tragen allein wir die Verantwortung.

Auch bei unseren Familien wollen wir uns für ihre endlose Geduld und Unterstützung bedanken. Nach all der Zeit, die wir ihnen raubten, ist dieses Buch in gewisser Weise auch ihr Werk. Ein besonderer Dank gebührt unserer literarischen Agentin und unseren Verlegern für das Vertrauen, das sie uns entgegenbrachten und damit seit 2011 das Erscheinen unserer Trilogie über China ermöglicht haben.

Einleitung

China kommt im Westen an

Als die Air-Berlin-Maschine im Jahr 2011 vom Flughafen in Windhoek, der Hauptstadt von Namibia, abhob und über die Steppen Schwarzafrikas Richtung Norden flog, neigten sich unsere zweieinhalbjährigen Recherchen in 25 Ländern, die wir auf Chinas Spuren in der Dritten Welt bereist hatten, unweigerlich dem Ende zu. Das Projekt fand Monate später mit der Veröffentlichung von *Der große Beutezug* seinen Abschluss, doch es wartete noch ein weiteres Forschungsprojekt, von dem wir an Bord der mit deutschen Touristen überfüllten Maschine nicht glaubten, dass es so schnell auf uns zukommen würde. Nur ein Jahr später waren wir erneut unterwegs, um Zeugen der zweiten Internationalisierungsphase Chinas zu werden: seiner Ankunft in der westlichen Welt.

Damals wurde deutlich, dass sich Chinas Rolle in der Welt und insbesondere im Westen gewandelt hatte. Und so begaben wir uns mit der gleichen Begeisterung auf eine neue journalistische Rundreise, um eines der bedeutendsten globalen Phänomene des neuen Jahrhunderts zu beobachten. Unsere Nachforschungen führten uns in 15 europäische und nordamerikanische Staaten, in denen Chinas Präsenz deutlich wächst. Natürlich mussten wir keine langwierigen Verhandlungen wie mit der sudanesischen Regierung führen, als wir um Zugang zum Merowe-Staudamm am Nil baten, dem größten hydraulischen Wasserprojekt Chinas in Afrika, uns kein Bein ausreißen, wie in Myanmar, um in den Teilstaat Kachin zu gelangen, wo die chinesischen Unternehmen das Monopol für den Jadehandel besitzen, nicht auf den gefährlichen Landstraßen der Demokratischen Republik Kongo unser Leben riskieren oder den Widrig-

keiten der Wüste in Turkmenistan trotzen, wo die Chinesen natürliche Erdgasvorkommen ausbeuten.

Trotzdem war das Unterfangen gleichermaßen faszinierend. Es galt zu untersuchen, wie China in den Industriestaaten Fuß fasst, was uns vor sehr große Herausforderungen stellte. Logistische beispielsweise, als wir aufgrund schlechter Wetterbedingungen in Grönland feststeckten und uns mit ungünstiger Witterung an Bord kleiner Flugzeuge oder Hubschrauber herumschlagen mussten. Sie brachten uns in fast jungfräuliche Gegenden, wo die globale Erwärmung mit dem chinesischen Hunger nach Rohstoffen einhergeht. Oder als wir in Kanada über vereiste Straßen fuhren und in einem Indianerreservat Halt machten, um die Stimmen der indigenen Bevölkerung einzufangen, die sich dem Bau einer Pipeline zum Pazifik entgegenstellen, weil sie ihren Lebensstil und ihre Zukunft bedroht. Doch die Logistik war nicht die einzige Herausforderung.

Einmal mehr machte uns mangelnde Transparenz zu schaffen, als wir versuchten, unsere Recherchen zu vertiefen. Den Spuren der chinesischen Cyberspionage bis hin zum Fall Snowden, der sich in den Vereinigten Staaten und auch in anderen Ländern zu einer Staatsaffäre entwickelte, auf den Grund zu gehen, bedurfte besonders großer Anstrengungen. Um zu verstehen, was sich hinter der Welt der Hacker verbirgt und wie sie ihre Angriffe planen, mussten wir nach Moskau, Amsterdam und Bangkok reisen. Um zuverlässige Quellen mit Zugang zu den Nachrichtendiensten der Vereinigten Staaten und der technologischen Industrie zu treffen, flogen wir nach Washington und San Francisco. Dort begrüßte uns eine kleine Gruppe leitender Führungskräfte während einer Konferenz mit den Worten: »Willkommen im Club der Unternehmen, die von China ausspioniert werden!« Unsere Interviewanfrage lehnten sie allerdings höflich ab, mit der Begründung, ihre Interessen auf dem chinesischen Markt nicht gefährden zu wollen.

Um mit zuverlässigen Quellen zu sprechen, die obendrein willens waren, sich interviewen zu lassen, mussten wir uns auch im Vatikan auf eine Odyssee begeben. Hier waren wir mit dem Dilemma konfrontiert, dass die Katholische Kirche in puncto China seit Jahren in zwei Lager gespal-

ten ist: Diejenigen, die dafür plädieren, Zugeständnisse an Peking zu machen, um wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen zu können, und jene, die dagegen sind. Um in Rom zu Schlüsselfiguren vorzudringen, mussten wir zunächst in Hongkong eine Überprüfung unserer Persönlichkeiten bestehen und in beiden Städten das Vertrauen der einen wie der anderen Seite gewinnen. Es erforderte monatelange Arbeit hinter den Kulissen, bevor sich uns die Tore des Heiligen Stuhls mit seiner spannenden, geheimnisumwitterten Welt öffneten. Ähnlich kompliziert war es, als wir versuchten, die Betrügereien chinesischer Unternehmen an der Wall Street zu entschlüsseln, die angeblich millionenschwere Verluste für die Anleger und bis heute diplomatische Verstimmungen zwischen China und den Vereinigten Staaten zur Folge hatten.

Unsere Reise führte uns auch in Länder – von Kanada bis Zypern –, in denen die chinesischen Eliten alles daran setzen, sich Aufenthaltsrechte zu sichern, als eine Art »Notausgang«, der es ihnen ermöglicht, aus China zu fliehen, falls die Lage dort heikel werden sollte. Auf den Spuren der Gelder dieser Millionäre tauchten wir auch in die undurchsichtige Welt der Steueroasen ein, wo diese Eliten ihre Vermögen in Sicherheit bringen, deren Herkunft durchaus nicht immer transparent und legal ist. Schließlich gelangten wir zu den Spieltischen der Kasinos in der faszinierenden Enklave Macao; nicht nur ein Paradies aus Luxus und Exzessen, sondern auch ein Mekka der Geldwäsche.

Was haben wir während unserer Reisen herausgefunden? Zunächst, dass die Wirtschaftskrise, die in diesem Buch einen bedeutenden Platz einnimmt, es Peking ermöglichte, viel eher als erwartet Zugang zu den westlichen Märkten zu erhalten. Nicht allein die großen Umwälzungen seit 2008 gaben den Ausschlag, dieses Buch zu schreiben, sondern vor allem die Tatsache, dass China die westliche Welt in ein echtes Dilemma stürzt. Wie soll man mit einem Land umgehen, das nicht nur autoritär regiert wird, sondern finanziell übermächtig ist und über die am rasantesten wachsenden Zukunftsmärkte verfügt? Zwischen diesen Alternativen, Risiko und Chance – wortwörtlich die Bedeutung des chinesischen Wortes für Krise, *wei ji* – schwankt der Westen.

Seit der Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 hat China gewaltig an Macht gewonnen. Seine Aktivitäten sind vielseitig. Sie reichen vom Erwerb von Anteilen in strategischen Sektoren über den Ausgleich der Staatsschulden von Ländern, denen das Wasser bis zum Hals steht, bis hin zu Investitionen in hochwertige Technologien mit beachtlichem Mehrwert oder bankrotte westliche Unternehmen. Offenkundig haben die Chinesen nicht nur bei den Schnäppchen einer schwachen Konjunktur zugeschlagen, die sich in der Depression befindet, in vielen Fällen haben sie bedeutende Summen investiert, um sich, koste es, was es wolle, Zugang zu westlichen Märkten zu verschaffen und die Grundlagen für das zu legen, was wir vermutlich bald zu sehen bekommen werden: Ein China, das sich in eine bedeutende Industriemacht verwandelt hat.

Während Pekings Strategie in den Entwicklungsländern seit anderthalb Jahrzehnten darauf abzielt, sich seinen zukünftigen Bedarf an Rohstoffen zu sichern, Infrastrukturen zu finanzieren und aufzubauen, bietet die westliche Welt eine erstklassige Möglichkeit, die Unternehmen Chinas in *global players* zu verwandeln und sich nebenbei endgültig einen Platz im exklusiven Club jener Länder zu sichern, die mit ihrem politischen Einfluss, ihrer wirtschaftlichen Macht und ihren militärischen Kapazitäten die Geschicke der Welt bestimmen. Derweil nimmt China jede Chance wahr, die sich ihm bietet: darunter millionenschwere Übernahmen im Energiesektor und von Bergwerken in Kanada oder Australien, die Kontrolle über den wichtigsten Hafen im östlichen Mittelmeer oder den Erwerb von kleinen Betrieben und mittelständischen Unternehmen in Deutschland, die dank ihrer hochentwickelten Technologien auf Nischenmärkten weltweit führend sind. China hat aufsehen-erregende Investitionen in den Energiesektoren Portugals und Italiens getätigt und einen 49,9-prozentigen Anteil am Flughafen von Toulouse erstanden, dem bedeutendsten in Südfrankreich. Dies spiegelt zweifellos die Ziele wider, die China bezüglich strategischer Sektoren in Europa verfolgt.

Doch damit nicht genug: China hat mithilfe von Finanzspritzen euro-

päische Automobilhersteller gerettet, die in Bedrängnis geraten sind oder Konkurs angemeldet haben. Obendrein ist es ihm dank seiner Investitionen in das französische Unternehmen Eutelsat, die – bislang – rein finanzieller Art sind, gelungen, in den sensiblen Sektor der Satellitenkommunikation vorzudringen. Es nimmt auch den ebenfalls strategischen Ernährungssektor ins Visier, wie die Übernahme eines gigantischen nordamerikanischen Fleischproduzenten beweist. Chinas Investitionen werden überwiegend von Staatsunternehmen getätigt, während das Privatkapital der wachsenden chinesischen Eliten in Immobilien in lukrativen Lagen fließt: von Projekten in New York oder Miami, Hotelanlagen in London bis hin zu Weingütern in der exklusiven Region von Bordeaux, nur um einige Fälle vorwegzunehmen, auf die wir später noch näher eingehen werden.

Vielleicht ist diese Flut von Investitionen am deutlichsten in Europa zu spüren. Während laut Statistiken der Deutschen Bank im Jahr 2010 die chinesischen Direktinvestitionen im alten Kontinent noch 6,1 Milliarden Euro betragen, beliefen sie sich Ende 2012 bereits auf 27 Milliarden Euro. Der Denkfabrik Heritage Foundation zufolge übertraf die Gesamtsumme der Investitionen Chinas im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien innerhalb des letzten Jahrzehnts 60 Milliarden Dollar. Noch sind diese Zahlen bescheiden, vor allem im Vergleich mit den Investitionen westlicher Länder in China. Was aber auffällt, sind die Tendenz und das Potenzial, wenn man die Macht eines Landes in Betracht zieht, das in den ersten Monaten des Jahres 2015 über Devisenreserven im Umfang von 3,8 Billionen Dollar verfügte. Chinas Zukunftspläne sind extrem ambitioniert. Beispielsweise erwägt es, sich am Bau zukünftiger Nuklearanlagen im Vereinigten Königreich oder am Abbau Seltener Erden in Grönland zu beteiligen, um nur zwei von diversen Aspekten zu nennen, auf die wir im weiteren Verlauf zurückkommen werden.

Für ein Land wie China, das noch vor wenigen Jahrzehnten eine riesige Fabrik für Spielzeug, billige Textilien und minderwertige Maschinen war, sind der qualitative Sprung und die außerordentlichen Fortschritte,

die es seitdem gemacht hat, bemerkenswert. Der Heritage Foundation zufolge hat China von 2005 bis Ende 2014 mehr als 257 Milliarden Dollar in Europa, Nordamerika und Australien investiert. Summen, die sich in den kommenden Jahren noch steigern werden. Das Beratungsunternehmen Rhodium Group schätzt, dass die weltweiten chinesischen Investitionen bis zum Jahr 2020 zwischen ein und zwei Billionen Dollar betragen werden. Hiervon entfallen zwischen 250 und 500 Milliarden Dollar jährlich auf Europa.

Selbstverständlich haben chinesische Investitionen positive Effekte für den Westen; insbesondere schaffen sie Arbeitsplätze, versorgen die öffentlichen Kassen mit finanziellem Sauerstoff und gewähren Finanzspritzen an Unternehmen, die ansonsten Bankrott machen würden. Die Vorstellung, dass China für die wirtschaftliche Erholung unverzichtbar ist und langfristig ein gleichwertiger Handelspartner sein wird, hat die westlichen Regierungen zu einem Kurswechsel veranlasst. Das Krisenszenario hat dazu geführt, dass die westlichen Regierungen die chinesische Diktatur mittlerweile in jeder Hinsicht als etwas völlig Normales betrachten. Dies ist eine der spürbarsten Folgen, die der aktuellen Konjunkturlage in Europa geschuldet sind.

Die Meinung, man könne auf China nicht verzichten, veranlasst westliche Regierungen dazu, zwei Sachverhalte zu vernachlässigen, die unserer Ansicht nach keinesfalls ignoriert werden dürfen. Einerseits, dass die Unternehmen, die auf die Märkte strömen, zum größten Teil Staatsunternehmen, wenn nicht sogar rein chinesische Staatsfonds sind. Das heißt, dass viele dieser Investitionen von Unternehmen getätigt werden, die mehr oder weniger im Dienst des kommunistischen Staates und der Kommunistischen Partei Chinas stehen. Noch viel wichtiger jedoch ist die Tatsache, dass Politiker, Wissenschaftler und andere Beobachter das Wesentliche nicht sehen oder nicht sehen wollen: Die Einflussmöglichkeiten, die der chinesische Staat auf unsere Regierungen und Gesellschaften haben wird, wenn eine bedeutende Anzahl westlicher Aktivposten sich in der Hand von chinesischen Staatsunternehmen befindet. Obendrein steht die Frage nach der Gegenseitigkeit im Raum. Während man

chinesischen Unternehmen einen roten Teppich ausrollt, um im Westen zu investieren, sehen sich westliche Konzerne, die auf dem chinesischen Markt investieren wollen, mit immer größeren Hürden konfrontiert.

Diese beiden Aspekte werden nicht nur allgemein vernachlässigt. Zusätzlich üben die Möglichkeiten, die der chinesische Markt bietet, und die milliardenschweren chinesischen Investitionen auf unseren Märkten im aktuellen Zusammenhang eine außerordentliche Anziehungskraft auf unsere Politiker aus. Das erklärt, warum viele demokratische Regierungen in Europa und auf dem amerikanischen Kontinent sich den Wünschen der Chinesen fügen und aus Angst um die Chancen, die sie wittern, ihre Gesetze ändern. Um einige Beispiele zu nennen: Grönland korrigierte die Standards seiner Arbeitsgesetze nach unten, um chinesischen Unternehmen und Arbeitnehmern den Zugang zu seinen Märkten zu erleichtern und das erste große Bergbauprojekt in der Arktis zu ermöglichen. Ebenso unterzeichnete die kanadische Regierung ein Investitionsschutzabkommen, an dem die Kritiker bemängeln, dass es China Garantien einräumt, die bislang keinem anderen ausländischen Investor gewährt worden sind. Und in seiner außerordentlichen Zughaftigkeit modifizierte Spanien Anforderungen des internationalen Völkerrechts, um zwei offene Verfahren vor dem Obersten Gericht gegen die chinesische Führung zu vereiteln, nur weil sie möglicherweise Pekings Zorn entfacht hätten.

Da die moralische Autorität des Westens stetig abnimmt, zumindest in den Augen der Chinesen, tritt China auf internationalem Parkett mit einer zunehmenden Arroganz auf, die sich nicht auf Fragen der Ökonomie beschränkt. So rächte sich Peking an Großbritannien, nachdem Premierminister David Cameron es gewagt hatte, sich 36 Minuten lang mit dem Dalai Lama zu treffen, indem es die diplomatischen Beziehungen für anderthalb Jahre auf Eis legte. Eine Repressalie, die im Falle Norwegens andauert, nachdem im Jahr 2010 der Friedensnobelpreis an den bekanntesten chinesischen Dissidenten verliehen wurde: Liu Xiaobo, der seit elf Jahren wegen seiner ketzerischen Haltung im Gefängnis sitzt. In den internationalen oder multinationalen Gremien, von der UNO bis

zur Antarktis-Konferenz, weigert sich Peking auf vielfältigste Weise, die Spielregeln einzuhalten, mit der scheinheiligen Begründung, es sei an ihrer Ausarbeitung nicht beteiligt gewesen.

So gesehen gehört es zu den größten Erfolgen der chinesischen Regierung, dass sich unter den westlichen Eliten – Regierungen, Unternehmern und Administrationen – die Vorstellung durchgesetzt hat, ohne ein optimales institutionelles und diplomatisches Klima sei es unmöglich, mit den Chinesen Geschäfte zu machen. Mit anderen Worten: Wer den Giganten reizt, muss mit einer ökonomischen Strafe rechnen, zum Beispiel, indem Handel und Investitionen auf Eis gelegt werden. Obwohl entsprechende Daten dieses Extrem in mehr als einem Fall widerlegen, wurde uns während unserer Recherchen sehr klar, wie weit diese Meinung unter westlichen Politikern und Bürokraten verbreitet ist. Vor allem in Brüssel, wo China die Tatsache geschickt nützt, dass die Mitgliedsstaaten nicht imstande sind, sich auf einheitliche Positionen zu einigen – etwa in Handelsfragen –, die die einzelnen Mitgliedsstaaten vor Pekings Repressalien schützen könnten. Das würde die erfolgreiche chinesische Strategie »teile und herrsche« entschärfen. Wie das gehen könnte, erzählte uns ein Mitglied der maledivischen Delegation, das 2009 am Klimagipfel von Kopenhagen teilnahm, als der kleine Inselstaat im Indischen Ozean an dem Morgen, an dem hinter verschlossenen Türen über ein Minimalabkommen verhandelt wurde, Peking die Stirn bot. Als die von Barak Obama und Angela Merkel angeführten westlichen Delegationen schier verzweifelten und kurz davor waren, vor der Unnachgiebigkeit Chinas und dessen Wunsch, das Treffen platzen zu lassen, einzuknicken, packten die Malediven, eines der Länder, die vom Klimawandel am meisten betroffen sind, den Stier in aller Öffentlichkeit bei den Hörnern und zwangen die Chinesen, den Vertrag zu unterzeichnen und bestimmte Ziele darin aufzunehmen. Es war eine Lektion darin, wie man mit China umzugehen hat.¹

Trotz Pekings Ärger über die Kränkung landete der chinesische Außenminister drei Wochen später auf den Malediven, und noch etwas später folgte Chinas Vizepräsident. »Was wollen Sie?«, fragte man sie«,

erzählt unsere Quelle. Wenn der kleine Inselstaat der Malediven seine Interessen verteidigen und von seiner Standfestigkeit profitieren kann, wie die Tatsache beweist, dass der chinesische Tourismus dort seitdem um ein Vielfaches zugenommen hat, warum kann dann die Europäische Union nicht dasselbe tun? Während unserer Zeit als Korrespondenten in China und auch bei den Recherchen für dieses Buch gewannen wir den Eindruck, dass Peking diejenigen, die ihm die Stirn bieten, mehr respektiert als allzu beflissene Gesprächspartner, unter anderem, weil Nachgiebigkeit oft als ein Zeichen von Schwäche interpretiert wird.

Was wir aber, womöglich aus einer Mischung aus eigenen dringenden Bedürfnissen, einem gewissen Maß an Naivität und einer nie dagewesenen Resignation erleben, ist genau das Gegenteil. Auf unsere Frage, warum Brüssel nicht imstande sei, seine Interessen gegenüber China besser zur Geltung zu bringen, fiel einem hohen, für China zuständigen Diplomaten der Europäischen Union überraschenderweise nur Folgendes ein: »Was würden Sie denn tun? Fällt Ihnen etwas ein, wie wir sie zwingen könnten, das einzuhalten, was sie versprechen? Wir wissen nicht mehr, welche Strategie wir verfolgen sollen ...« Ein anderer Bürokrat stieß ins selbe Horn: »Wir haben keine Peitsche mehr, wir können nur noch Zucker anbieten und das Beste hoffen.«

Kein Wunder, dass manche Beobachter nicht ohne einen gewissen Sarkasmus vom Prinzip des Kotau sprechen, der Huldigung, die heute manche westlichen Politiker den kommunistischen Führern Chinas erweisen. Der Kotau war das Ritual, mit dem im chinesischen Kaiserreich die »barbarischen« ausländischen Gesandten gezwungen wurden, sich vor dem Herrscher niederzuwerfen und sich zu erniedrigen. Auf diese Weise akzeptierten sie die notwendige Hierarchie, um mit dem Reich der Mitte diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise und Chinas Erstarren hat sich eine Art Kotau des 21. Jahrhunderts neu etabliert. Dieses Ritual kennzeichnet die heutige Zeit.

Während Peking sich stark genug fühlt, die politische Agenda zu bestimmen, sehen sich die politischen Führer der Industriestaaten mit einem

riesigen Dilemma konfrontiert. Wie weit sollen sie in ihren Beziehungen zu China gehen, oder besser gesagt, welches Gewicht sollen nicht wirtschaftliche Aspekte in ihren Beziehungen mit dem Land einnehmen? Dieses Dilemma ist bis in den Vatikan vorgedrungen, wo Papst Franziskus die Normalisierung der Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Peking, die seit mehr als sechs Jahrzehnten unterbrochen sind, zu einer seiner Prioritäten erklärt hat. Wegen der historischen Bedeutung und der Intrigen, die die Kardinäle und Diplomaten des Vatikans im Umgang mit den kommunistischen Machthabern in China schüren, widmen wir dieser Frage ein ganzes Kapitel. Die neue Diplomatie des Vatikans hat deutlich gemacht, wie weit die Katholische Kirche zu gehen gewillt ist, um Zugang zu den chinesischen Gläubigen zu erhalten. Während der Papst eine führende Rolle bei der Annäherung zwischen den Vereinigten Staaten und dem Castro-Regime in Kuba spielte, hatte er keine Skrupel, dem Dalai Lama im Herbst 2014 eine Audienz in Rom zu verweigern.

Eine Ausnahme in diesem Klima der Annäherung bilden vielleicht die Vereinigten Staaten, wo ungeachtet der engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit China jene Stimmen viel deutlicher zu hören sind, die vor den Risiken warnen, wenn man das Wesen des chinesischen Regimes ignoriert, aber auch vor der unlauteren Konkurrenz des chinesischen Staatskapitalismus und dem Transfer amerikanischer Technologie. Letztere stellt zweifellos das höchste Gut der Vereinigten Staaten dar und garantiert ihre Vormachtstellung in einer zukünftigen Rivalität mit China. Die Warnungen kommen nicht nur aus dem Spektrum des rechten politischen Lagers, wie uns gewisse Kreise glauben machen wollen, sondern aus den Zivilgesellschaften der Vereinigten Staaten und anderer Länder, die sich vielleicht am stärksten dagegen wehren, eine chinesische Diktatur aus reiner Trägheit zu akzeptieren, wie es im Augenblick der Fall ist. Dieser Widerstand hat viele Facetten, aber ihm liegt eine gemeinsame Befürchtung zugrunde: dass China in unsere Gesellschaften und Märkte mit seinen eigenen Regeln, Praktiken und Werten eindringt, vor allem, wenn man in Betracht zieht, dass Verantwortung in China keineswegs institutionalisiert ist.

Das erklärt uns mit Blick auf die Menschenrechte die deutsche Wissenschaftlerin Katrin Kinzelbach, Autorin einer großen Studie über den zwecklosen Menschenrechtsdialog zwischen China und der EU: »Der Aufstieg eines autoritären Chinas fordert die verbindlichen internationalen Normen, aber auch unsere demokratischen Gewohnheiten heraus.« Wenn der Westen einen politischen Preis bezahlt hat, um die Chancen wahrzunehmen, die Chinas Aufstieg bieten, bestand dieser leider aus unserer Nachgiebigkeit beim Thema Menschenrechte. Dass wir diese Karte preisgegeben haben und uns lieber für die zynische Politik der Interessen, also der Realpolitik, entschieden haben, wirft Fragen auf, die nur beweisen, wie heuchlerisch wir sind.

Als Erstes sollten wir uns fragen, ob uns die Menschenrechte jemals wirklich wichtig waren oder ob es nur eine Pose war, die im Umgang mit China unseren eigenen Interessen diene. Dies müssen wir uns schon deshalb fragen, weil nicht nur die westlichen Regierungen nachgegeben haben, ohne mit der Wimper zu zucken, sondern weil sich in den westlichen Gesellschaften fast niemand deswegen aufregt. Mit der üblichen ehrenwerten Ausnahme im Umfeld der NGOs hat bisher so gut wie niemand Druck ausgeübt, um von unseren politischen Führern mehr Engagement bei der Verteidigung jener Prinzipien zu fordern, mit denen wir uns so brüsten. Jedenfalls nicht die Unternehmer, aber auch kaum Politiker, Wissenschaftler und Journalisten. Das führt zu einer zweiten Frage, die noch verheerender ist: Haben wir uns des schnöden Mammons wegen verkauft? Und wo sind all die Werte geblieben, die wir angeblich verteidigen?

Während unserer Recherchen haben wir versucht herauszufinden, warum der Westen kein Interesse hat, für die Freiheiten des chinesischen Volkes einzutreten. Und wir sind zu dem Schluss gelangt, dass die Menschenrechte für viele im Westen im Allgemeinen ein abstraktes Thema sind, vor allem für jene, die aufgrund der Orte, an denen sie leben, oder ihrer Berufe nicht von Ungerechtigkeit und konkreten Verletzungen der Menschenrechte gefährdet sind, die den Alltag in China bestimmen. Diese sind zwar schreckliche Tatsachen, aber solange man ihnen nicht

ausgeliefert ist, kann man sie in ihrem ganzen Ausmaß und in ihrer Bedeutung kaum erfassen, und sie bleiben abstrakt.

Die Menschenrechte werden nicht nur eingeschränkt, wenn sich das Regime herausgefordert sieht, sondern werden unter dem Mandat von Xi Jinping weiter massiv ausgehöhlt. Von Peking kommen keine Signale, die auf eine Besserung schließen lassen könnten, wenn man sieht, wie Hongkongs Bestreben nach demokratischen Wahlen im Keim erstickt wurde. Als Peking die Option hatte, den Weg des erfolgreichen Hongkonger Modells nachzuahmen, das aus der alten britischen Kolonie einen der blühendsten und freiesten Orte der Welt machte und auf Partizipation, Freiheit, Gerechtigkeit und Transparenz basiert, zeigte es keinerlei Interesse. Die Botschaft hinter der Konfrontation mit Hongkong, wo 2014 Zehntausende von Demonstranten zweieinhalb Monate lang die Innenstadt lahmlegten, ist, dass China sich entschieden hat, seine Zukunft mittels seines eigenen autoritären Modells zu gestalten.

Das, was Sie in diesem Buch lesen werden, ist die Chronik des Einzugs eines neuen – und immer mächtiger werdenden – Chinas in die Welt und die langsame Verschiebung des Mächtegleichgewichts auf dem Planeten. Die wesentliche Frage in diesem historischen Prozess lautet, ob China sich der Welt oder die Welt sich China anpasst. In diesem Prozess bleibt auch abzuwarten, ob der Rest der Länder bestrebt ist, China (zum Besseren) zu verändern oder sich lediglich damit abfindet, mit China zu leben. Nach unseren Erfahrungen und Recherchen in mehr als 40 Ländern im Lauf der letzten fünf Jahre sind wir nicht allzu optimistisch. Weder macht China irgendwelche Anstalten, sich zu ändern, noch hat der Westen die Fähigkeit, China zu beeinflussen. Während China sich anschickt, eine Schlüsselstellung auf dem internationalen Parkett zu spielen, müssen wir uns fragen, was uns die Zukunft bringen wird, nachdem wir den Geist aus der Flasche gelassen haben und ihn jetzt nicht mehr hineinbekommen.

Natürliche Ressourcen

Die letzte Grenze

Näher hätte man einem akrobatischen Kunstflug nicht kommen können. Eine Stunde nach dem Start in Nuuk, der Hauptstadt von Grönland, kehrte die Maschine plötzlich wieder um, weil der Flughafen von Narsarsuaq im Süden der zweitgrößten Insel der Welt wegen schlechten Wetters geschlossen worden war. Doch ehe wir erneut über dem Flughafen von Nuuk kreisten, hatte der Sturm bereits seinen Höhepunkt erreicht. Somit wurden Anflug und Landung zu einem unvergesslichen Erlebnis. Krumm und schief setzte unsere Maschine, der Gnade gewaltiger Windböen ausgesetzt, zu einer holprigen Landung an. Im Passagierraum verging die Zeit nach einem vorgeschriebenen Muster: zuerst Totenstille, dann Schreie und schließlich Beifall.

Als wir 29 Stunden später erneut an Bord des Fluges GL-415 gehen und unsere Plätze einnehmen, reden wir immer noch davon, wie wir am Tag zuvor den Naturgewalten getrotzt haben. Der Sturm hat sich noch nicht gelegt, und vor dem Fenster der Dash-7 breitet sich ein beängstigendes Panorama aus. Ein von dichten schwarzen Wolken verhangener Himmel wölbt sich über dem Flughafen von Nuuk. Der orkanartige Wind peitscht den Regen derart heftig gegen die kleine Maschine, dass sie sogar am Boden sekundenlang kräftig durchgerüttelt wird. Neben der Fluggasttreppe stehen zwei Stewards und schützen die letzten Passagiere, die es kaum erwarten können, an Bord der Maschine zu kommen, vor Wind und Regen.

Kurz bevor der Kapitän die Maschine auf die Rollbahn lenkt, kommt er noch einmal aus dem Cockpit, überprüft die Gurte, mit denen Nahrungsmittel und andere Güter in den ersten Sitzreihen gesichert sind,

und wendet sich an die rund 20 Passagiere: »Die Windstärke beträgt 40 Knoten, aber es besteht kein Grund zur Sorge, die Maschine verträgt eine Windstärke von 50 Knoten. Sie können also ganz beruhigt sein, auch wenn es während der ersten Viertelstunde heftig ruckeln wird«, erklärt er auf Grönländisch und übersetzt es anschließend für die beiden Ausländer auch ins Englische. Kurz darauf hören wir, wie die Motoren der Dash-7 aufheulen. Erst, als das Flugzeug durch die Wolkendecke bricht und wir die Turbulenzen hinter uns lassen, atmen wir erleichtert auf.

Unter extremen Witterungsbedingungen zu fliegen gehört für die Piloten von Air Greenland zur täglichen Routine. Als die Fluglinie 1960 gegründet wurde, gab es in der Hauptstadt noch keinen Flughafen, daher befreite man zunächst den Hafen in Nuuk von Treibgut und Eisschollen, damit dort Wasserflugzeuge landen konnten. Heute fliegt Air Greenland achtzehn Flughäfen und vierzig Siedlungen an. Sie sind über ein Gebiet verstreut, das größer ist als Westeuropa; 57 000 Menschen leben dort, außerhalb der Ortschaften gibt es keine Landstraßen. Somit spielt Air Greenland eine entscheidende Rolle. Die Fluggesellschaft transportiert Passagiere, führt medizinische Rettungsflüge durch, hilft bei der Erschließung des Landes durch Bergbauunternehmen und bringt im Winter Vorräte über den 69. Breitengrad. Zusammen mit den Schiffen, die Dänemark anlaufen, bildet sie das Rückgrat der schwierigen logistischen Verkehrsstruktur des Landes.

Unter diesen Umständen bewegt sich die Dash-7 wie ein Fisch im Wasser. Ihre Aerodynamik ermöglicht Anflüge mit minimaler Geschwindigkeit und selbstmörderischen Schräglagen sowie Starts und Landungen auf notfalls weniger als 900 Meter langen Pisten. In Narsarsuaq, wo wir einige Stunden später problemlos landen, ist es anders. Die Rollbahn von Narsarsuaq wurde während des Zweiten Weltkriegs von den Amerikanern für größere Maschinen gebaut. Obwohl der Ort kaum mehr als ein antiquiertes Hotel für Touristen zu bieten hat, die aufgrund der schlechten Witterung hier stranden, ist er das logistische Zentrum für den gesamten Süden Grönlands, eine einsame Enklave, in der etwa 150 Menschen leben, umgeben von den Gebäuderesten des ehemaligen Militär-

stützpunkts und einem regen Luftverkehr. Aus der Vogelperspektive erhaschen wir einen Blick auf die Anlage, als der Hubschrauber, der uns nach Qaqortoq bringen soll, ein paar Sekunden in der Luft verharret, dann unter jäher Beschleunigung mit gesenkter Nase den Fjord umfliegt und Kurs auf unser Reiseziel nimmt. Wir überfliegen Qassiarsuk, wo vierzehn der 25 Schiffe anlegten, die 985 unter dem legendären Wikinger Erik dem Roten von Island ausgelaufen waren. Die 500 Männer und Frauen, die die erste Siedlung europäischer Einwanderer auf der *grünen Insel* gründeten, lebten friedlich mit den Eskimos zusammen, die unter dem Oberbegriff Inuit zusammengefasst werden und vor Jahrhunderten aus Nordamerika kommend als nomadische Jäger hier am Rande der Zivilisation lebten.¹

Trotz der aufregenden Vogelperspektive unterscheidet sich der majestätische Anblick kaum von dem, den die skandinavischen Seefahrer vor Jahrhunderten zu sehen bekamen. Grönland überwältigt den Betrachter mit seiner Unermesslichkeit, Stille und Wildnis, seiner extremen, fast unwirtlichen Natur, die der Mensch sich nun auf seine unverantwortliche Art und Weise untertan machen will. Mit einem Mal wird die Erderwärmung, von der die Zeitungen berichten, vor unseren Augen Wirklichkeit. Unzählige Wasserfälle aus geschmolzenem Eis ergießen sich über die Berghänge ins Meer; kleine und große Eisschollen aus den Gletschern treiben auf dem Ozean wie Fettklumpen in einem riesigen Kochtopf.

Die Auswirkungen des Klimawandels schaden der Arktis mehr als irgendeinem anderen Ort auf der Welt, denn der Temperaturanstieg verändert nicht nur den Lebensraum der Tiere, sondern auch die Lebensweise der Inuit, die eng mit der Natur verbunden ist. Trotzdem wird das alarmierende Tempo, mit dem die Eisdecke auf Grönland schmilzt – manche Wissenschaftler führen dies auf die Erderwärmung zurück² –, nicht von allen notwendigerweise als Katastrophe betrachtet. Im Gegenteil, es könnte der Auslöser für eine außerordentliche Wandlung an der letzten Grenze der Erde sein. Plötzlich erfüllt eine entlegene und menschenfeindliche Gegend, die aufgrund ihrer Unzugänglichkeit seit Urzeiten vom Rest der Welt abgeschottet war – 84 Prozent ihrer Oberfläche

sind von Eis bedeckt –, alle Voraussetzungen, um im großen Stil die gewaltigen Bodenschätze auszubeuten, die sich darunter befinden.

Dass der Klimawandel eine Chance darstellt, wissen auch die 50 Landwirte in Qaqortoq, das mit 3300 Einwohnern den höchsten Bevölkerungsstand hier im Süden aufweist. Die Sommer sind länger, die Winter milder, sodass die bisher eher eingeschränkten Möglichkeiten für Landwirtschaft und Viehzucht sich verbessern. »Die Landwirte passen sich dem Klima an und diversifizieren ihre Produktion. Sie experimentieren mit Tieren und neuen Pflanzenkulturen. In den letzten Jahren haben wir Brokkoli, Kopfsalat, Rosenkohl, Blumenkohl und andere Gemüsesorten getestet und dieses Jahr zum ersten Mal Erdbeeren geerntet«, erklärt Aqqalooaq Frederiksen, Leiter eines landwirtschaftlichen Forschungszentrums, das mit neuen Kulturen experimentiert, die anschließend von den Landwirten zu kommerziellen Zwecken angebaut werden.

Abgesehen von neuen Kulturen erlauben die milderen Temperaturen auch eine längere Kartoffelernte, was den traditionellen Anbau auf Exportniveau steigert. Der Viehbestand konnte auf über 20 000 Tiere erhöht werden, zum einen aufgrund eines höheren Ertrags von Gerste – von der die Rinder sich während des Winters ernähren –, zum anderen, weil die Schafe länger auf die Weide können, von Mai bis November. Dass sich aber der Himmel – wortwörtlich – sperrangelweit aufgetan hat, verhindert nicht, dass die 50 Landwirte in Qaqortoq sorgenvoll in die Zukunft blicken. In ihren einsamen, von kleinen roten, blauen und gelben Häusern gesäumten Straßen ist die Arbeitslosigkeit unübersehbar.

Simon Simonsen, Bürgermeister der Gemeinde Kujalleq, zu der Qaqortoq gehört, empfängt uns in seinem Büro. Es ist offensichtlich, dass das Leben im Süden der Insel mehr und mehr erlischt. Wegen fehlender Arbeitsplätze und hoher Lebenshaltungskosten haben bereits mehr als eintausend der 8053 Einwohner, die bei der letzten Volkszählung im Jahr 2000 registriert wurden, die Gegend verlassen. Und die Zukunft sieht nicht besonders vielversprechend aus. Bis Ende des Jahrzehnts wird die Bevölkerung um weitere 20 Prozent abnehmen. »Viele Menschen mit besserer Ausbildung ziehen auf der Suche nach Arbeit nach Nuuk oder

ins Ausland. Unsere Arbeitslosenquote beträgt mehr als zehn Prozent. Es gibt hier keine Zukunft, wenn wir den Bergbau nicht fördern«, warnt Simonsen, ein überzeugter Befürworter der Strategie, sich ausländischen Unternehmen zu öffnen, um die Bodenschätze abzubauen. »Damit könnten wir eine neue Infrastruktur aufbauen«, prophezeit er.

Dieser Hinweis des Bürgermeisters könnte gar nicht angebrachter sein. Wie im Rest des Landes stellt die fehlende Infrastruktur ein gewaltiges Hindernis für seine Entwicklung dar. In benachbarte Siedlungen zu gelangen oder Besuch zu empfangen, ist nur per Schiff oder Hubschrauber möglich, und die wiederum sind von den ständig wechselnden klimatischen Bedingungen abhängig. Damit sind die Einwohner dazu verurteilt, ein abgeschiedenes, stilles Leben innerhalb ihrer Ortsgrenzen zu führen, vor allem in den endlosen Wintern mit Temperaturen unter dem Gefrierpunkt und nur fünf Stunden Tageslicht. Zudem zwingt ein derart riesiges und nur spärlich bevölkertes Land mit mangelhaften Verkehrsverbindungen den Grönländern einen Teufelskreis auf, der den Handel hemmt, die einheimische Produktion verteuert und das Land nötigt, den größten Teil seiner Konsumgüter einzuführen. Das wiederum stellt einen fast unüberwindbaren Nachteil für ausländische Investitionen dar und verhindert die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die einzig wirklich bedeutende Industrie, was Arbeitsplätze sowie den Anteil am BIP betrifft, ist die Fischerei, denn Fisch ist der wichtigste Exportartikel Grönlands.³ Doch lässt sich aus diesem Wirtschaftszweig kein zusätzlicher Nutzen ziehen, da die Fangquoten begrenzt sind. In den letzten Jahren wurden sie aus Gründen des Umweltschutzes drastisch gesenkt, vor allem die Quoten für Garnelen, Grönlands wertvollstem Rohstoff. Quoten werden eingeführt, wenn Biologen einen Rückgang der Fischbestände registrieren. Der jährliche Fang beträgt wegen der Instabilität des maritimen Ökosystems momentan 200 000 Tonnen. Viele Grönländer führen diese Instabilität auf die zehn Millionen Seehunde zurück, die an den Küsten der arktischen Insel leben. Mit einem Konsum von einer Tonne je Exemplar jährlich, so behaupten sie, stellen diese Meeresäugetiere eine gnadenlose Konkurrenz um die vorhandenen Fischbe-

stände dar. So unbedeutend dieser Aspekt außerhalb von Grönland erscheinen mag, hier im Land ist er entscheidend.

Der enorme Bestand an Seehunden – um die 16 Millionen im ganzen Nordatlantik – hat zum Teil mit den Anti-Jagd-Kampagnen von Umweltschützern wie Greenpeace zu tun, die auf die begeisterte Unterstützung von Paul McCartney, Brigitte Bardot, Pamela Anderson und anderen Prominenten zählen können. Die Proteste richteten sich ursprünglich gegen die blutigen Tötungen von Jungtieren in Kanada, deren Felle zu Luxusartikeln verarbeitet wurden. 1983 führten die Kampagnen zu einem Einfuhrverbot für Robbenfelle durch die Europäische Union, das im Jahr 2010 auf alle Produkte dieser Spezies und deren gewerbliche Nutzung ausgedehnt wurde. Obwohl das Verbot nicht für die Inuit-Bevölkerung der Arktis galt, hatte die Maßnahme für Grönland verheerende Folgen.⁴

Die Umweltorganisationen begingen den schwerwiegenden Fehler, alles über einen Kamm zu scheren. Sie machten keinen Unterschied zwischen Gemetzeln zu kommerziellen Zwecken, wie sie vor allem in Kanada zu beobachten waren, und der nachhaltigen Jagd indigener Völker in Grönland und anderen Ländern.⁵ Die brutalen Bilder hatten einen derart verheerenden Einfluss auf die öffentliche Meinung, dass sie die Nachfrage zum Erliegen brachten und dadurch einen Exportmarkt vernichteten, der zwar keine großen Umsätze machte, aber für die Existenz der indigenen Bevölkerung Grönlands lebenswichtig war.⁶ »Es hatte katastrophale Folgen für unser Unternehmen, für die Jäger und ganz Grönland«, bestätigt Lars Berg, leitender Direktor von Great Greenland, als er uns im Sitz seines Unternehmens im Hafen von Qaqortoq empfängt, der einzigen Gerberei im ganzen Land, die eine Genehmigung zur Vermarktung von Seehundfellen besitzt.

Man muss diesen Betrieb betreten, um zu sehen, welch tödlichen Schlag das Geschäft erlitten hat. In der Eingangshalle behandeln einige Angestellte die Felle, die aus dem ganzen Land eintreffen, befreien sie von Fett und bereiten sie für die Reinigung vor. In einem anderen Raum sortiert eine Handvoll Arbeiter sie nach Spezies, Qualität, Größe und Farbe.

Auf einer Seite sehen wir Stapel von rohen Fellen, die für dänische Fabrikanten und Designer bestimmt sind, und einen Teil der fast 300 000 Felle, die sich seit dem Einbruch der Exporte im Lager stauen. In einem anderen Teil des Geländes verarbeiten mehrere Arbeiter, deren Belegschaft seit der Krise im letzten Jahrzehnt auf die Hälfte geschrumpft ist, die Stücke zu Stiefeln, Mänteln, Kleidung, Brieftaschen und anderen Modeartikeln.

Die Zustände in der Werkstatt von Great Greenland spiegeln nicht nur den Niedergang der traditionellen Industrie des Landes wider, sondern auch die sozioökonomische Tragödie Tausender indigener Einwohner, die seit Menschengedenken in Harmonie mit der Natur gelebt haben. Die 2200 Jäger, die sich seit eh und je ihren Lebensunterhalt mit der Seehundjagd verdienten, sind nun gezwungen, von einer kärglichen staatlichen Zuwendung in Höhe von 35 Euro pro erlegtem Tier zu leben.⁷ Wegen der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung, die diese Spezies in der Arktis besitzt, erregt das Thema die Gemüter in Grönland ebenso wie in Kanada, das 2013 als Repressalie sein Veto gegen die Aufnahme der Europäischen Gemeinschaft in den Rat der Arktis einlegte.⁸

Jorgen Johansen, der im letzten Jahrzehnt mehrere Ministerposten bekleidete, erklärt uns diesbezüglich in seinem Büro in Qaqortoq: »Grönland ist eine Inuit-Kultur, die seit 4000 Jahren in einer Gegend überlebt, in der andere es nicht schafften. Das dürfen wir nicht vergessen. Warum sollen wir die erste Generation sein, die nicht von den Seehunden leben darf, unserem wichtigsten Rohstoff? Tatsache ist, dass die Robbenjäger ihren Lebensunterhalt nicht angemessen bestreiten könnten, wenn sie nicht subventioniert würden. Es ist eine Tragödie. Ich bin an Orten aufgewachsen, in denen man sehen konnte, welche Folgen [die Krise dieser Branche] für die Familien hatte. Einige verfügten weder über die Mittel noch die Möglichkeiten, die andere besaßen, also litten sie. Jene, die keine Möglichkeiten erhielten, litten ebenfalls. Sie leiden bis heute. Und die wirtschaftliche Not ist nicht das Einzige. Es geht um alles, was damit zusammenhängt, wenn man sozial schlecht gestellt ist. Eine Unzahl von Problemen wird von Generation zu Generation weitergegeben, nur weil

es Menschen gibt, die meinen, es sei in Ordnung, eine Kultur zu haben, in der man Schweine und Kühe hält, um sich von ihnen ernähren zu können, anderen aber die gleiche Anzahl an wilden Tieren verbieten wollen, obwohl man sie auf nachhaltige Weise jagt, um sich davon zu ernähren. Warum ist das eine richtig und das andere falsch? Wer ist glücklicher?«, fragt er. »Hinter dieser Vorstellung steckt eine Menge angelsächsischer Kulturimperialismus. Ob es uns gefällt oder nicht, es ist akzeptabel, Fleisch von Schweinen zu essen, die mithilfe von Medikamenten gezüchtet oder behandelt werden, aber es ist nicht akzeptabel, das Fleisch wilder Tiere zu essen, die in einer nicht kontaminierten Gegend leben, oder aus deren Fellen Kleidung herzustellen«, sagt er offen.

Die Vorstellung, dass die Kultur und die Lebensweise der Inuit infrage gestellt werden, ist in Grönland weit verbreitet. Great Greenland und auch die Jäger und ihre Familien sind davon überzeugt, dass ihre Zukunft nicht von den europäischen, amerikanischen oder russischen Märkten abhängen kann, da diese alle mehr oder weniger stark eingeschränkt sind. Mit Ausnahme von Norwegen und Kanada, seinen beiden Verbündeten in dieser Auseinandersetzung, bleibt Grönland nichts anderes übrig, als sich nach anderen Märkten umzusehen. Und dabei setzt es große Hoffnungen auf China.⁹ Seit dem Besuch der grönländischen Ministerin für Fischerei 2012 in Peking wird Kleidung aus grönländischen Seehundfellen in einem bekannten Warenhaus im russischen Viertel von Peking verkauft.

In Great Greenlands Ausstellungshalle in der chinesischen Hauptstadt, mit Ausnahme von Dänemark der einzigen ihrer Art in der Welt, erzählt uns ein Mitarbeiter, dass seine Firma die Kleidungsstücke aus Seehundfellen teurer verkauft als die aus Bisonleder, um den Chinesen das Gefühl zu vermitteln, es handele sich um einen Luxusartikel. »China ist nun unser strategischer Zukunftsmarkt«, betont er. Das asiatische Land könnte tatsächlich nicht nur für die dahinsiechende Lederindustrie entscheidend sein, die mehr ist als eine rein wirtschaftliche Komponente, weil sie mit der traditionellen Lebensweise Tausender indigener Einwohner verbunden ist. Es kann auch eine weitreichende Bedeutung für

andere ökonomische Sektoren haben, etwa den Bergbau, und eine wesentliche Grundlage für die zukünftige Entwicklung Grönlands darstellen. Wie in Afrika ist China auch hier, in der Arktis, aufgerufen, die Ausbeutung natürlicher Ressourcen und den Aufbau der Infrastruktur anzuführen.

Dreitausend chinesische Arbeiter

Im überfüllten Saal der Universität von Nuuk kann man die Beklemmung, die entsteht, wenn die eigene Zukunft auf dem Spiel steht, förmlich einatmen. Politiker, Wissenschaftler, Aktivisten aller Art und Mitglieder der lokalen Zivilgesellschaft gehören zu den 100 Nachbarn, die aus erster Hand erfahren wollen, worin das erste große Bergbauprojekt Grönlands besteht und wie es verwirklicht werden soll. Die im Auditorium der Universität Versammelten wissen, dass es ein ganzes Land verändern könnte, wenn das von der Bergbaugesellschaft London Mining geplante Isua-Projekt Früchte trägt, und als Folge dessen auch ihr eigenes Leben. Worüber sie sich noch nicht im Klaren sind, ist, ob das gut oder schlecht für sie sein wird.

Die gesetzlich vorgeschriebene öffentliche Anhörung ist von der britischen Bergbaugesellschaft einberufen worden, um der Gemeinde die Details ihres Vorzeigeprojektes zu erläutern und die Anwesenden davon zu überzeugen, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen eine historische Gelegenheit darstellen, die sie sich nicht entgehen lassen sollten. Das Projekt von London Mining hat sich hohe Ziele gesteckt und stellt zugleich angesichts der mangelhaften Infrastruktur eine gewaltige Herausforderung dar. Es soll 2,35 Milliarden Dollar kosten und aus dem Nichts heraus in einem Gletscher 160 Kilometer nordöstlich von Nuuk entfernt ein Bergwerk aufbauen. Angepeilt ist eine jährliche Förderung von 15 Millionen Tonnen hochkonzentriertem Eisenerz, das unter einer 165 Meter dicken Eisschicht liegt. Die gesamte Ausbeutung könnte etwa 30 Jahre dauern.

Als das Publikum zu Wort kommt, überschüttet es die Vertreter der Bergwerksgesellschaft mit einem Schwall von Fragen. »Verfügt unsere Verwaltung über die nötige Erfahrung, um ein derartiges Projekt zu überwachen?«, fragt der erste Zuhörer. »Welchen Nutzen wird das Projekt unserer Gemeinde bringen?«, will der zweite wissen. »Welche Risiken birgt es für die Umwelt, für die Fjorde und Gewässer, wenn Schiffe das Eisenerz abtransportieren?«, fragt ein dritter. Xiaogang Hu, ein freundlicher Chinese mit kanadischer Staatsangehörigkeit, treibende Kraft des Isua-Projektes, greift zum Mikrofon und antwortet geschickt und in tadellosem Englisch auf alle Einwände und Sorgen der Zuschauer. Er ist davon überzeugt, dass Isua eine große Chance darstellt, es wird Arbeitsplätze schaffen und für Steuereinnahmen sorgen. »Wir gehen davon aus, dass das Steueraufkommen in fünfzehn Jahren 5,5 Milliarden Dollar betragen wird«, versichert er.

Mal abgesehen von seiner Ingenieursausbildung und seiner Erfahrung bezüglich Permafrostböden ist Xiaogang Hu keineswegs zufällig Projektleiter.¹⁰ Die Kontakte zu seinem Heimatland sind zweifellos von entscheidender Bedeutung, um China den Weg in ein derart komplexes Projekt zu ebnet und dessen Erfolg zu garantieren. Dazu gehört unter anderem, fünf Kilometer von der offenen Mine entfernt ein Elektrizitätswerk und eine Verarbeitungsanlage zu bauen, in der das Erz vom Mineral getrennt wird. Eine 105 Kilometer lange Straße zu einem Tiefseehafen muss gebaut werden, der ebenfalls völlig neu angelegt werden und in der Lage sein muss, zwei Schiffe in der Woche abzufertigen, die den Rohstoff zu den Märkten bringen. Wer kann ein derart kompliziertes Projekt auf die Beine stellen und die nötigen Mittel aufbringen? Und vor allem, wer geht das Risiko ein? China, das Land, das riesige Einkäufe tätigt und mehr als die Hälfte der weltweiten Eisenerzvorkommen aus Ländern wie Brasilien oder Australien importiert. Jeder hier weiß das.

Und das ist kein Wunder. Es gibt kein Land auf der Erde, das besser aufgestellt wäre als China, um ein derartiges Projekt anzupacken. Erstens wegen seines unersättlichen Hungers auf Rohstoffe und weil es für Peking ein strategisches Anliegen ist, sich Rohstoffe für die Zukunft zu si-

chern. Zweitens verfügen die chinesischen Staatsunternehmen über das nötige Know-how, um große Infrastrukturprojekte durchzuführen, wie sie mit dem Bau der Eisenbahnlinie nach Tibet, dem Drei-Schluchten-Damm und unzähligen Ingenieursprojekten in Afrika und anderen Entwicklungsländern unter Beweis gestellt haben. Und zu guter Letzt verfügt der chinesische Staat über die finanzielle Macht, die andere nicht besitzen, und den politischen Willen, riskante und langfristige Projekte anzugehen. Ihm untersteht ein unerschöpfliches Heer an billigen und verhältnismäßig gut ausgebildeten Arbeitskräften. Wer kann da schon mithalten?

Xiaogang Hu bestätigt, dass es keinen besseren Partner gibt als China. In Bluejeans und Jeanshemd lächelt er entspannt, als er uns einen Tag nach der öffentlichen Anhörung in seinem Büro in Nuuk zu einem Kaffee einlädt. »Dieses Projekt können wir nicht allein stemmen. Wir brauchen Partner und Investoren. Wir haben sie auf der ganzen Welt gesucht, aber weder von Europa noch den Vereinigten Staaten eine Antwort erhalten. Dafür aber von China«, erzählt er. Das chinesische Interesse spiegelte sich in einem Abkommen zwischen London Mining und drei großen chinesischen Ingenieur- und Baugesellschaften wider, deren Beteiligung am Isua-Projekt der China Development Bank die Finanzierung erleichtern wird.¹¹ Trotzdem hing damals, Ende 2012, ein Damoklesschwert über der Machbarkeit des Projektes. »Ohne Beteiligung chinesischer Unternehmen an der Bauphase wird das Projekt nicht weit kommen. Billige Arbeitskräfte sind eine grundlegende Voraussetzung«, erklärt Hu.

Diese Botschaft brachte den damaligen Premierminister Kuupik Kleist in Bedrängnis. Sie bedeutete, dass Isua finanziell nicht machbar war, wenn die dreitausend Arbeiter, die für die Aufbauphase benötigt wurden, den in Grönland gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn erhalten mussten. Er gehört, wie Hu erklärt, zu den höchsten der Welt – »dreimal höher als in China.« Die Angelegenheit wurde zu einem Politikum. Wenn die Politiker den Forderungen von London Mining und seinen chinesischen Partnern nachgaben, würde der Traum von Isua überleben. Wenn nicht, wäre das Projekt am Ende. Von dieser politischen Entscheidung

also hing es ab, ob Grönland auch in Zukunft ein lebendes Museum bleiben oder endlich den Schritt hin zu einem entwickelten Land tun würde.

Die folgenden Monate waren politisch sehr spannend. In Bezug auf das, was zweifellos als eine Gesetzesreform zugunsten von Isua interpretiert wurde, verabschiedete das Parlament 2012 ein Gesetz, das die Senkung des Mindestlohns für ausländische Arbeitnehmer in Bergbauprojekten zuließ, wenn deren Kosten mehr als 5 Milliarden dänische Kronen betragen (etwa 875 Millionen Dollar). Der entsprechende Gesetzesentwurf erlaubte unter anderem Lohnabstriche bei der Bereitstellung von Unterkunft, Verpflegung und Versicherung.¹² Da die Reform den Nerv der Unantastbarkeit sozialer und arbeitsrechtlicher Standards in Skandinavien traf, schien sie eine echte Zäsur einzuleiten. Doch was sollte man machen? Ohne chinesische Beteiligung würde das Projekt auf der Stelle treten, also beugte sich die Kammer den Anforderungen potenzieller Investoren.

Im Frühjahr 2013 machte die Regierung in Nuuk einen weiteren Schritt nach vorn: Sie gewährte London Mining eine dreißigjährige Konzession. Mit dieser Genehmigung, die bislang nur einer Handvoll von Bergbauprojekten zugestanden wurde, sowie einem äußerst vorteilhaften Arbeitsrecht, waren die Voraussetzungen geschaffen, um die letzte Hürde zu nehmen: die Finanzierung. Im Jahr 2014 schien das erste große Bergbauprojekt Grönlands endlich unter Dach und Fach,¹³ doch seitdem hat sich die Lage verändert. Einerseits musste das Isua-Projekt bei der Finanzierung mit 100 anderen Bergbauprojekten zur Gewinnung von Eisenerz in anderen Gegenden der Welt konkurrieren, und zwar just in einem Augenblick, in dem der Preis für Eisenerz in den Keller gefallen war.¹⁴ Andererseits stellte die Konkurrenz von 300 laufenden Projekten in Australien und weiteren 900 in Kanada, hier teilweise in der Arktis, einen zusätzlichen Nachteil für Isua dar. Obendrein sah sich London Mining genötigt, die Förderung in Sierra Leone, seinem wichtigsten Aktivposten, als Folge des Ausbruchs von Ebola einzustellen. All das führte dazu, dass das britische Unternehmen im Herbst 2014 seine Zahlungen einstellen musste.

Paradoxerweise gab diese Entwicklung dem Projekt einen unerwarteten Schub. Mit der Aussicht, dass sich der Eisenpreis früher oder später wieder erholen würde, bekundeten mehrere Investoren Interesse daran, Isuas Konzession zu übernehmen, in die bereits ungeheure Summen investiert worden waren. Im Januar 2015 verkündete die grönländische Regierung auf ihrer Webseite, die chinesische Unternehmensgruppe General Nice Development Limited, eine Hongkonger Zweigstelle der in Tianjin ansässigen Muttergesellschaft, die sich der Ausbeutung von Bodenschätzen widmet, habe die Filiale der London Mining auf Grönland übernommen und mit ihr auch die Konzession. Die Regierung von Nuuk vertraut darauf, dass »das [neue] Unternehmen in der Lage sein wird, das nötige Kapital zur Realisierung und Wahrung der Förderlizenz in Isukasia aufzubringen.«¹⁵ Somit hält China jetzt das Heft des größten noch in den Kinderschuhen steckenden Bergbauprojekts Grönlands in der Hand.

Während das Projekt seinen Lauf nimmt, entsteht eine heftige nationale Debatte, die damit zu tun hat, dass sich die Grönländer noch nie in ihrer ganzen Geschichte mit einer derart wichtigen Entscheidung konfrontiert sahen. Zugleich wecken die Hoffnungen auf Wohlstand für einen Teil der Bevölkerung den Traum von der Unabhängigkeit Grönlands, eines Staates, der bislang formal und wirtschaftlich von Dänemark abhängig ist, wenngleich er über einen hohen Grad an Autonomie verfügt.¹⁶ Die Ausbeutung von Minen und Erdöl im großen Stil würde der grönländischen Regierung ab 2027 allein ein Steueraufkommen von jährlich etwa 519 Millionen Dollar einbringen,¹⁷ was die Zuwendungen von 3,8 Milliarden dänische Kronen (rund 690 Millionen Dollar), die das Land jährlich von Kopenhagen erhält und mehr als die Hälfte des öffentlichen Haushalts ausmacht, größtenteils ausgleichen könnte.¹⁸ Die wirtschaftliche Selbstständigkeit würde ihm den Schlüssel zur Unabhängigkeit sozusagen auf dem Silbertablett servieren.

Im Großen und Ganzen bestreitet kaum jemand, dass die Bergwerksprojekte eine positive Auswirkung auf Arbeitsplätze, Infrastruktur und Steuereinnahmen haben werden. Uneinigkeit herrscht jedoch mit Blick auf das Tempo, mit dem sich Grönland in die Arme ausländischer Inves-

toren begibt, sowie hinsichtlich der Auswirkungen dieser Projekte auf Umwelt und soziale Strukturen. Sorgen macht man sich vor allem wegen der Unprofessionalität und Unerfahrenheit der politischen Klasse in Grönland, die lediglich 44 Politiker im ganzen Land umfasst (einschließlich Ministern, Abgeordneten und Bürgermeistern). Das Ministerium für Bodenschätze und Erdöl wird sich mit nur 27 Beamten einem Ensemble von multinationalen Bergbau- und Ölgesellschaften konfrontiert sehen, die über eine ungeheure Erfahrung und vielfältige Ressourcen verfügen und von den besten Unternehmensberatern der Welt unterstützt werden. Dies ist vor allem deshalb so bedeutsam, weil die Rohstoffindustrie eine Quelle für Korruption und Konflikte darstellt, wie man bereits in vielen Ländern beobachten konnte.

»In unserem System tragen zu wenige Leute zu viele Hüte. Es fehlt an Infrastruktur in der Verwaltung. Ein Beispiel: Wie will man kontrollieren, wie viel Steuern die Unternehmen zahlen? Hier wird alles in einem einzigen Büro bearbeitet, und es gibt überhaupt keine geeignete Gesetzgebung, um das zu bewältigen, was auf uns zukommt. Es gibt auch keine Transparenz, alles ist ein großes Geheimnis«, erzählt uns Henrik Leth, Vorsitzender von Polar Seafood, einer der beiden staatlichen Fischereigesellschaften. Ein Gutachten über den öffentlichen Sektor, das von Transparency International Greenland in Auftrag gegeben wurde, kam zu dem Ergebnis, dass die hohe Rotation, die geringe Arbeitskontinuität im öffentlichen Sektor und eine »inkohärente und konfuse« Gesetzgebung zu »willkürlichen Entscheidungen« führen könnten, »die den Weg für Irregularitäten und schließlich Korruption« ebnen.¹⁹

Die Studie räumt ein, dass die potenziellen Auswirkungen der Rohstoffindustrie auf die grönländische Gesellschaft »die Verwaltung unter enormen Druck setzt.« Außerdem zählt sie eine Reihe von administrativen Defiziten auf: »Es gibt keine unabhängigen und wirksamen Mechanismen für Beschwerden oder Anzeigen. Daher wenden sich Bürger und Gesellschaften direkt an die Politiker, die dann den Fall individuell untersuchen (...). Dies hat Auswirkungen auf die Unabhängigkeit des öffentlichen Sektors und macht ihn anfällig für Willkür und Korruption. Dazu

trägt auch der Mangel an Transparenz bei (...)« zumal es dem System »an grundlegenden Antikorruptionsmechanismen mangelt.«

Daher wollten viele Bürger wissen, welche Auswirkungen das Isua-Projekt auf die Bevölkerung haben wird, wie wir während der öffentlichen Anhörung von London Mining feststellten. Neueste Schätzungen des Unternehmens gehen davon aus, dass um die 3300 Arbeiter für die vierjährige Bauphase benötigt werden. Angesichts des chronischen Mangels an Facharbeitern im Land wird man diese wahrscheinlich in China anwerben. Sie werden voraussichtlich zwölf Stunden am Tag und sechs Tage die Woche arbeiten, mit einem Rhythmus von 22 aufeinanderfolgenden Wochen und vier Wochen Pause dazwischen. Einige der Fragen, die wir in den Straßen von Nuuk hörten, lauteten: Wird es mit der Ankunft Tausender chinesischer Arbeiter zu demografischen oder sozialen Spannungen kommen? Werden Prostitution oder Kriminalität zunehmen? Wird der Einsatz von Sprengstoff und schweren Maschinen eine Zunahme von Unfällen zur Folge haben?